Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Nächstenliebe unterm Weihnachtsbaum reicht nicht – Physische und soziale Existenz der Menschen sichern
2. Altersarmut: Hunderttausende Rentner können sich keine Mahlzeiten leisten
3. Spanien: die wirtschaftliche Erholung, die aber nicht ankommt
4. Trumps Angriff auf Amerika
5. Der wachsende Einfluss von Handelsabkommen und Investitionsschutz auf Steuern
6. China-Kopien von Druckerpatronen: Die Tintenkiller auf Amazon
7. Bevölkerungsentwicklung: Demografische Krise war gestern
8. Bundesfinanzministerium behindert weiterhin Gemeinnützigkeit von Attac
9. Fast Fashion: “Unser Kleiderkonsum ist Wahnsinn”
10. Anruf im Jemen gegen das Vergessen
11. Zeitgenosse Böll
12. Zu guter Letzt: Polizei sucht diese Krawall Barbie

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Nächstenliebe unterm Weihnachtsbaum reicht nicht – Physische und soziale Existenz der Menschen sichern**
   Von fast 900.000 wohnungslosen Menschen in Deutschland berichtete die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe Ende dieses Jahres und prognostiziert einen weiteren Zuwachs bis 2018 auf 1,2 Millionen. Zaklin Nastic, Menschenrechtspolitikerin der Linksfraktion dazu: „Unzählige Menschen in Deutschland kämpfen in diesen Tagen darum, Weihnachten zu überleben. Menschliche Politik geht anders. Die wesentlichen Ursachen für Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot liegen in einer Wohnungspolitik, die Wohnraum zur Ware gemacht und internationalen Investoren zum Fraß vorgeworfen hat. Das in Verbindung mit der unzureichenden Armutsbekämpfung schafft diese Elendssituation auf deutschen Straßen.“ Nastic weiter:
   „Ohne angemessenen Wohnraum leben zu müssen verletzt die Menschenwürde. Das Recht auf angemessenen Wohnraum ist international im UN-Sozialpakt

festgeschrieben und der Staat hat die Pflicht, das Recht auf Wohnen zu schützen. Hierbei geht es nicht allein um eine physische Existenzsicherung, sondern auch um die soziale Existenz. Aber anstatt Obdachlose, Alleinerziehende, Migranten oder junge Erwachsene tatsächlich zu unterstützen, werden Arme durch die Politik der Bundesregierung immer weiter aus den Innenstädten vertrieben. Menschenrechte müssen Bestandteil jeder Armutsbekämpfung sein und menschenrechtliche Arbeit fängt nicht erst beim Verhungern an. Auch deswegen setzen wir uns als LINKE dafür ein, dass es keine weiteren Verkäufe kommunaler Wohnungsbestände gibt, für eine Mindestsicherung in Höhe von 1050 Euro und dafür, das Menschenrecht auf Wohnen ins Grundgesetz aufzunehmen."
Quelle: Die Linke. im Bundestag

Anmerkung Christian Reimann: *Die NachDenkSeiten haben hier auf den Mangel an (vor allem günstige) Wohnungen hingewiesen.*

dazu: **Obdachlosigkeit in Deutschland "Wir haben ein Riesenproblem"**
Hunderttausende Menschen haben in Deutschland keine Wohnung, viele leben auf der Straße – Tendenz steigend. Woran liegt das?
Kein eigenes Bett, keine Küche, keine Toilette: Obdachlose in Deutschland müssen auf das verzichten, was für andere Menschen selbstverständlich ist. Die Not der Betroffenen ist riesig, verbirgt sich jedoch meist in Parks, unter Brücken oder hinter Gebüsch. Es ist ein Schatten-Dasein – in jeder Hinsicht.
Wie viele Menschen in Deutschland keine Wohnung haben und woher sie kommen, erfasst keine offizielle Statistik. Es gibt nur Schätzungen, etwa aufgrund von Erfahrungen in Hilfeeinrichtungen. Danach hat sich das Problem in den vergangenen Jahren drastisch verschärft und wird künftig noch viel größere Ausmaße annehmen. Eine Annäherung.
Quelle: Spiegel Online

dazu auch: **Wohnen ist ein Menschenrecht**
Wohnungsnot ist keine Naturkatastrophe. Sie zeigt vielmehr, dass die Politik das Problem in weiten Teilen Deutschlands über Jahre verschlafen oder bewusst ausgeblendet und viele Menschen schmählich im Stich gelassen hat. Soziale Verantwortung – Fehlanzeige. Wie viele Menschen bundesweit auf der Straße leben, wird noch nicht einmal in einer offiziellen Statistik erfasst.
Dabei ist die Hauptursache für Obdachlosigkeit, dass bezahlbare Wohnungen fehlen. Sozialen Wohnungsbau hat man über Jahre deutlich zurückgefahren, viele städtische Wohnungen privatisiert, Grundstücke an Investoren verkauft. Die Zahl der sogenannten gebundenen Sozialmietwohnungen ist nach Angaben der

Bundesregierung bundesweit von mehr als zwei Millionen im Jahr 2006 bis Ende Dezember 2015 auf rund 1,3 Millionen und damit auf sechs Prozent des deutschen Bestandes an Mietwohnungen geschrumpft.
Die Annahme, der Markt reguliere sich selbst, hat sich nicht bestätigt. Mieten steigen nicht nur in Großstädten rasant. Natürlich gibt es Regionen mit Leerstand, aber dort fehlen Jobs. Die Zuwanderung durch Flüchtlinge hat die Wohnungsknappheit verschärft – aber keineswegs verursacht! Gerade dadurch ist der politische Druck, endlich zu handeln, größer geworden.Den Ernst der Lage können oder wollen offenbar immer noch nicht alle Politiker erkennen. Dabei mahnt die Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslose (BAGW) seit mehr als zwanzig Jahren, dass sich die Not verschlimmere, weil immer mehr Menschen mit wenig Einkommen um immer weniger bezahlbare Wohnungen konkurrieren. Mit 15,7 Prozent erreichte die Armutsquote laut einem Bericht des Paritätischen Wohlfahrtverbandes aus diesem Jahr einen neuen Höchststand in Deutschland. Besonders betroffen: Erwerbslose, Alleinerziehende, Migranten, kinderreiche Familien, und vor allem alte Menschen. Sie alle konkurrieren um preiswerte Wohnungen – und einige bleiben auf der Strecke.Dabei ist Wohnen ein Menschenrecht. Es gibt deshalb keine Entschuldigung dafür, dass sich die Politik nicht längst parteiübergreifend und bundesweit dafür einsetzt, dass dieses Recht allen Menschen in Deutschland zuteil wird – nicht zuletzt, um ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung JK: *Die Aufmerksamkeit auf diesen, wie richtig angemerkt, gesellschaftlichen und politischen Skandal zu lenken ist sicher richtig. Nur, warum fällt dem Spiegel dies gerade zur Weihnachtszeit ein, während sonst die weitere Durchsetzung der neoliberalen Agenda gepredigt wird?*

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Ich erkenne meinen SPIEGEL nicht mehr wieder, der jahrzehntelang für Sozialabbau, Lohnsenkungen und die Agenda 2010 getrommelt hat. Nur in einem Punkt kann ich nicht zustimmen: das waren keine "verheerenden Versäumnisse" oder ein "Versagen der Politik", das war im Gegenteil genau so politisch gewollt. U. a. konnten die vielen hundert Milliarden Euro, die für die Menschen "unten" nicht mehr ausgegeben wurden, fleißig nach oben geschaufelt werden, zu den Reichen und Superreichen. Maßgeblich unterstützt von einem Hamburger Nachrichtenmagazin.*

und: **»Es wird immer schwieriger auf der Straße!«**
Die europäische Freizügigkeit, offene Grenzen: Da treffen sich Neoliberale wie Linke gleichermaßen. Das ist doch was! Beide Seiten ignorieren dabei leider allzu häufig,

dass ein regelrechter Armutswettbewerb entstanden ist. Ein Bericht von der Straße.
Quelle: #neulandrebellen

2. **Altersarmut: Hunderttausende Rentner können sich keine Mahlzeiten leisten**
Bei den Tafeln in Deutschland ist mittlerweile jeder vierte Kunde ein bedürftiger Ruheständler. Wegen hoher Abschläge leben viele Rentner an der Armutsgrenze. Der Sozialverband sieht die „Altersarmut auf dem Vormarsch".
Immer mehr Rentner stehen bei den Tafeln für kostenlose Lebensmittel an. Laut Bundesverband der Tafeln in Deutschland hat sich die Zahl der bedürftigen Senioren binnen zehn Jahren verdoppelt. Der Verbandsvorsitzende Jochen Brühl sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung": „Fast jeder vierte Tafelkunde ist mittlerweile Rentner. Das sind in etwa 350.000 Menschen."
2007 seien noch gut 12 Prozent der Bedürftigen Senioren gewesen. Laut Angaben des Dachverbandes gibt es hierzulande mehr als 900 Tafeln, die regelmäßig bis zu 1,5 Millionen Menschen mit Lebensmitteln versorgen.
Quelle: Welt Online

   dazu: **Altersarmut: Paritätischer Wohlfahrtsverband fordert Reform der Altersgrundsicherung**
Als alarmierend bewertet der Paritätische Wohlfahrtsverband Ausmaß und Dynamik der wachsenden Altersarmut in Deutschland. Zwingend notwendig sei ein sofortiger Kurswechsel in der Alterssicherungspolitik, insbesondere eine durchgreifende Reform der Altersgrundsicherung.
„Die Armut von Rentnerinnen und Rentnern ist in den vergangenen Jahren so stark gestiegen wie bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe. Armut ist ein Schicksal, von dem Menschen im Rentenalter mittlerweile überdurchschnittlich und besonders hart betroffen sind", so Dr. Joachim Rock, Rentenexperte des Paritätischen Gesamtverbands. Diese Entwicklung sei kein Zufall, sondern auch eine Konsequenz aus den rentenpolitischen Reformen der letzten Jahrzehnte, mit denen beispielsweise das Ziel der Lebensstandardsicherung in der Rente dem Ziel der Beitragssatzstabilität geopfert worden sei, kritisiert der Paritätische. „Die Altersarmut wird mit hoher Dynamik in den kommenden Jahren weiter zunehmen, wenn nicht heute die politischen Weichen neu gestellt werden", warnt Rock.
Quelle: Der Paritätische

3. **Spanien: die wirtschaftliche Erholung, die aber nicht ankommt**
Seit 2014 ist Spaniens Wirtschaft wieder im Aufwind – nach einer doppelten Rezession, die gegenüber 2008 zu einem BIP-Rückgang von 7,8 % führte. In den letzten drei Jahren betrug das Wirtschaftswachstum allerdings wieder jeweils über 3

%, sodass 2017 das Vorkrisenniveau übertroffen werden konnte. Trotzdem kommt dieser Aufschwung bei der Mehrheit im Land nicht an.
Ausschlaggebend ist vor allem die Wirtschaftspolitik, die zu einer deutlich anderen Verteilung der erwirtschafteten Leistung führte. Damit alle am Aufschwung teilnehmen können, benötigt es jetzt eine Überarbeitung der Arbeitsmarktreformen und eine Stärkung der Verhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen, indem die sektoralen Kollektivverträge wieder gestärkt werden.
Die spanische Wirtschaftskrise hat sich vor allem auf die Beschäftigung und die Einkommensverteilung gravierend ausgewirkt. Ende 2017 wird es gegenüber 2007 um 1,9 Mio. Arbeitsplätze (in Vollzeitäquivalenten) weniger geben. Während die Gewinne um real 4,7 % höher sein werden als vor der Krise, werden die ArbeitnehmerInnenentgelte um lediglich 0,3 % höher sein. Die Lohnquote geht damit weiter zurück. (…)
Die französische Arbeitsmarktreform wiederholt die spanische Entwicklung in Richtung Prekarisierung der Arbeitsbedingungen durch Schwächung der individuellen und kollektiven Verhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen. In einigen Punkten werden die spanischen Reformen reproduziert, in anderen gehen sie sogar darüber hinaus.
Es wäre jedenfalls nicht überraschend, wenn es auch noch in weiteren Ländern Versuche geben wird, im Namen der Wettbewerbsfähigkeit das Arbeitsrecht sowie die Verhandlungsmacht zu schwächen. Dem gilt es europaweit entgegenzuarbeiten.
Quelle: A&W blog

4. **Trumps Angriff auf Amerika**
   Die Steuerreform der Republikaner ist ein Schlag gegen den Wohlfahrtsstaat. Er trifft vor allem Geringverdiener – und wurde schon in den Siebzigerjahren vorbereitet.
   Die Reichen und Superreichen profitieren, während Mittelschicht und Geringverdiener auf der Strecke bleiben: Die umstrittene Steuerreform der Republikaner bedeutet eine große Umverteilung zugunsten der Wohlhabenden. Am Ende könnten die neuen Regeln den amerikanischen Staat mehr als zwei Billionen Dollar kosten. Wie konnte es zu dieser Selbstbereicherung kommen? […]
   Aber warum haben die Republikaner die Steuerreform dennoch im Kongress durchgesetzt? Der New Yorker Kongressabgeordnete Chris Collins hat seine politischen Motive bereits verraten: “Meine Geldgeber sagen mir: Bring es durch oder ruf mich nie wieder an!” Bernie Sanders brachte es im Senat auf den Punkt: “Die Staatskasse wird ausgeraubt.”
   Quelle: Zeit Online

Anmerkung unserer Leserin B.B.: *Interessanter letzter Absatz. Und man hört schon*

das Jammern der deutschen Wirtschaft, dass bei uns auch dringend Steuersenkungen nötig sind, um den Wettbewerb zu sichern.

dazu: **Bernie Sanders starke Rede gegen den Steuerraub des #Trump-Clans:**
"Heute erleben wir einen beispiellosen Straßenraub bei Tageslicht und eine Plünderung der Staatskassen. Heute ist ein Siegestag für die Koch-Brüder und andere reiche republikanische Wahlkampfspender, die riesige Steuerersparnisse erhalten und gleichzeitig die Staatsverschuldung um 1,5 Billionen Dollar erhöhen. Heute ist ein Siegestag für die größten und profitabelsten Konzerne in unserem Land wie Apple, Microsoft, Pfizer und General Electric, die nun – trotz Rekordgewinnen – Hunderte Milliarden Dollar Steuerersparnisse erwarten.
Wir erleben in der amerikanischen Geschichte eine Zeit der riesigen Einkommens- und Reichtumsungleichheit: Die Super-Reichen werden reicher, während die meisten Amerikaner ärmer werden. Und dennoch wird diese Regierung den oberen 1%, laut dem unabhängigen Tax Policy Center, in 10 Jahren 83 Prozent der Steuererleichterungen geben, davon 60 Prozent der Erleichterungen an das obere Zehntel der 1%.
Gleichzeitig werden 92 Millionen Haushalte der Mittelklasse zum Ende des Jahrzehnts mehr Steuern bezahlen. Riesige Steuervergünstigungen für die Milliardäre, höhere Steuern für Millionen von Mittelklasse-Familien. Niemand, außer den Wahlkampfspendern der Republikaner denkt, dass das auch nur irgendeinen Sinn ergibt.
Quelle: Fabio De Masi via Facebook

5. **Der wachsende Einfluss von Handelsabkommen und Investitionsschutz auf Steuern**
   Wie das neue Info Steuergerechtigkeit von Markus Henn (WEED) darstellt, ist die internationale Handelspolitik über die Welthandelsorganisation (WTO) tiefgehend multilateral und global und wird ergänzt um viele bilaterale Handelsabkommen. Dem internationalen Investitionsschutz fehlt zwar ein multilaterales Abkommen, aber er verfügt gegenüber den Handelsabkommen über weiter reichende Schutzstandards und wirkungsmächtige Investor-Staat-Klagen. All dies hat eine wachsende Bedeutung für die nationalen Steuersysteme und bilaterale Steuerabkommen. Die Freiheit der Staaten, ihr Steuersystem zu gestalten, wird zunehmend beschränkt. (…)
   Wenn Staaten ihre Steuerautonomie schützen wollen, sollten sie in Zukunft stärker darauf achten, dass Handels- und Investitionsabkommen ihre allgemeinen Steuergesetze und ihre Steuerpolitik nicht einschränken. Steuergesetze sollten klar ausgenommen sein, wie es zum Beispiel Indien nach schlechten Erfahrungen in seinem

neuen Musterabkommen für Investitionsschutz getan hat. Da auch solche Klauseln in der Praxis zunehmend ihre Grenzen haben, sollte jeder Staat prüfen, ob überhaupt ein Investiti-onsschutzabkommen nötig ist. Besonders vorsichtig sollten ärmere Länder sein, da sie besonders häufig die Beklagten in Investitionsstreitigkeiten sind und es sich noch weniger leisten können, solche Verfahren zu führen. Auch ist in ihrem Fall die Möglichkeit, die Gewinne multinationaler Unternehmen angemessen zu besteuern, besonders wichtig. Für diese Länder, aber keineswegs nur für sie, ist der Abschluss von internationalen Abkommen zu Handel und Investitionen aus steuerlicher Sicht kritisch zu sehen.
Quelle: blog steuergerechtigkeit

6. **China-Kopien von Druckerpatronen: Die Tintenkiller auf Amazon**
Birkenstock verkauft nicht mehr auf Amazon, aus Ärger über Plagiate. Bei Druckerpatronen dasselbe Bild: Chinesische Hersteller rollen via Amazon den Markt auf – ohne Rücksicht auf Patente oder Gesetze.
Werner Sandten* bangt um seine geschäftliche Existenz. “Seit die chinesischen Billiganbieter Amazon überschwemmen, verkaufen wir da praktisch gar nichts mehr”, berichtet er. Bald könne seine ganze Branche pleitegehen, “einer nach dem anderen”. Der Gesetzgeber müsse endlich für fairen Wettbewerb sorgen. “Aber offenbar will sich niemand mit Amazon anlegen.”
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung JK: *Ein weiteres Schlaglicht auf die inzwischen große Macht Amazons, die so weit geht, dass Amazon sich um Recht und Gesetz nicht zu scheren braucht. Auf weitere Aspekte wurde bereits hingewiesen, z.B. wie Amazon durch das Verschwinden von Einzelhändlern mittelbar die Innenstädte verändert. Allerdings hat dies jeder in der Hand. Es muss nicht die kleinste Kleinigkeit online bestellt werden.*
Lesens sie dazu auch auf den NachDenkSeiten: Mit bestehenden Gesetzen können Amazon und Co. nur schwer reguliert werden und Härter die Boten nie schuften, als zu der Weihnachtszeit.

7. **Bevölkerungsentwicklung: Demografische Krise war gestern**
Gerd Bosbach allerdings, Professor für Statistik an der Hochschule Koblenz hält die “Demografie-Logik” nach der die Altersstruktur einer Gesellschaft zwangsläufig deren Wohlergehen bestimmt, für einen Trugschluss:

> “Dieser reine Blick auf Bevölkerungsdaten und das als fast entscheidendes Kriterium für unsere Zukunft zu nehmen, das ist absolut beschränkt. Wenn man glaubt, ne jüngere Gesellschaft ist eine bessere als eine ältere, dann

> hätte es uns im 19. Jahrhundert viel besser gehen müssen, weil das war eine junge Gesellschaft. Und heute müsste es Ländern wie Bangladesch, Pakistan, Nigeria sehr gut gehen, weil die eine junge Bevölkerung haben, und Ländern wie Deutschland, Schweden und USA geht so, aber auch Japan, denen müsste es sauschlecht gehen, weil die eine alte Bevölkerung haben."

Gerd Bosbach, Mitautor des in diesem Jahr erschienenen Buchs "Die Zahlentrickser" hält die Befürchtungen, die mit der Alterung der Gesellschaft verbunden sind, für generell unbegründet. Seit 1870 gebe es amtliche Daten zur Bevölkerungsstruktur und seitdem seien die Deutschen immer älter geworden. Schlechter allerdings sei es ihnen nie gegangen.

"Seit 1990 ist die Lebenserwartung in Deutschland um über fünf Jahre gestiegen, der Anteil der über 65-Jährigen hat sich um mehr als 40 Prozent erhöht, der Anteil der Jungen ist um 14 Prozent zurückgegangen. Also aus demografischen Gesichtspunkten Horrorzahlen, innerhalb von 25 Jahren so eine Alterung. Und wie hat sich die Wirtschaft entwickelt seit der Zeit? Netto nach Abzug der Preissteigerungen ist die um 40 Prozent gestiegen."

Solange es Wirtschaftswachstum und Produktivitätssteigerungen gebe, so Gerd Bosbach, gebe es kein Rentenproblem, allenfalls ein Problem der Verteilung der Produktivitätsgewinne. Und für ähnlich unbegründet hält er auch die Warnungen vor einem zunehmenden Fachkräftemangel, wie er von vielen Seiten artikuliert wird.

"Ich sehe im Moment im Prinzip einen ganz anderen Faktor. Wir haben zu wenig Lehrer, zu wenig Schulen. Zehn Jahre hatten wir immer weniger Ausbildungsplätze als Bewerber. Wir haben an den Hochschulen teilweise eine Vervierfachung der Studierendenmenge, d.h. wir bilden die Leute immer schlechter aus. Und jetzt hat man in Deutschland auf Teufel komm raus die Studierendenquote gesteigert, wir liegen mittlerweile bei 55% eines Jahrgangs, die studieren. Dann bleiben natürlich weniger übrig, die eine normale Ausbildung anfangen. Zu viele an die Hochschulen und zu wenige in eine qualifizierte Ausbildung."

Quelle: Deutschlandfunk

8. **Bundesfinanzministerium behindert weiterhin Gemeinnützigkeit von Attac**
   Das Bundesfinanzministerium behindert weiterhin die Arbeit von Attac und beharrt auf

einer Revision des Urteils des Hessischen Finanzgerichts in Kassel, das dem globalisierungskritischen Netzwerk 2016 eindeutig die Gemeinnützigkeit bestätigt hat. Wie am gestrigen Dienstag bekannt wurde, lässt der Bundesfinanzhof in München die Revision zu. Damit geht die rechtliche Auseinandersetzung um die Gemeinnützigkeit von Attac weiter.
Solange das Verfahren läuft, ist das Kasseler Urteil nicht rechtskräftig.
"Wir fordern Finanzminister Peter Altmaier auf, die Weisung seines Vorgängers Wolfgang Schäuble an das Frankfurter Finanzamt umgehend zurückzuziehen und die Revision zurückzunehmen. Es ist bittere Ironie, wenn ausgerechnet das Finanzministerium einer Organisation die Gemeinnützigkeit absprechen will, die sich für Steuergerechtigkeit einsetzt", sagt Alfred Eibl vom Attac-Koordinierungskreis. „Statt zivilgesellschaftliches Engagement massiv zu erschweren, sollte Altmaier dafür sorgen, dass sich sein Ministerium um die wirksame Bekämpfung von Konzern-Steuertricks und Steueroasen kümmert."
Attac setzt sich seit seiner Gründung im Jahr 2000 für eine Finanztransaktionssteuer ein. Aktuell engagiert sich das Netzwerk mit einer länderübergreifenden Kampagne gegen die milliardenschweren Steuertricks von Apple, Ikea, Amazon und Co. sowie für eine einheitliche Gesamtkonzernsteuer in der EU.
"Attac streitet für eine strenge Regulierung der Finanzmärkte, die gerechte Verteilung des globalen Reichtums, umfassende soziale Sicherheit und gerechten Welthandel. Wir verteidigen das Gemeinwohl gegenüber den mächtigen Einzelinteressen der Banken und Konzerne. Das ist gemeinnützig", sagt Dirk Friedrichs, Vorstand des Attac-Trägervereins. „Wir sind zuversichtlich, dass auch der Bundesfinanzhof unserer Sicht folgen wird. Unsere Arbeit verstößt an keiner Stelle gegen die Vorgaben der Gemeinnützigkeit."
Mit der Weisung an das Frankfurter Finanzamt, den Rechtsstreit weiterzuführen, trifft das Bundesfinanzministerium laut Attac die gesamte aktive Zivilgesellschaft. Dirk Friedrichs: „In einer globalisierten Welt, in der Wirtschaftsinteressen immer mehr Macht über das Leben der Menschen bekommen, sind starke NGOs unabdingbar. Demokratie braucht eine kritische Zivilgesellschaft, die politische Entscheidungsprozesse begleitet und sich einmischt."
Quelle: scharf-links

9. **Fast Fashion: "Unser Kleiderkonsum ist Wahnsinn"**
Die Bremerin Imke Müller-Hellmann wollte wissen: Wer hat ihre Kleidungsstücke produziert? Wo und wie? Also hat sie sich in den Flieger gesetzt. Ein Interview über unseren Modekonsum und seine Folgen für Mensch und Umwelt.
Es gibt vietnamesische Fabriken, die jeden Tag 11.000 Jeans produzieren. Es gibt Näherinnen, die zwölf Stunden pro Tag und teilweise sieben Tage pro Woche

Kleidungsstücke nähen. Und es gibt Millionen Textilarbeiterinnen, die pro Kleidungsstück statt pro Stunde bezahlt werden – und dafür auf Pausen verzichten und Rückenschmerzen sowie ewige Monotonie mit immer gleichen Arbeitsschritten hinnehmen. Nur drei Erkenntnisse von vielen aus der Lektüre des Buches "Leute machen Kleider – Eine Reise durch die globale Textilindustrie". Die Autorin Imke Müller-Hellmann ist bis nach Bangladesch, Vietnam und China gereist, um die Näherinnen ihrer Kleidungsstücke aufzuspüren.
Quelle: Spiegel Online

10. **Anruf im Jemen gegen das Vergessen**
Wir hatten Sie gefragt, aus welcher Region Sie sich eine Weltzeit wünschen: Viele haben nach dem Jemen gefragt. Laut Vereinten Nationen spielt sich dort die größte humanitäre Krise der Welt ab, aber kaum jemand berichtet. Wir haben angerufen. Laut Oxfam sind sieben Millionen Menschen im Jemen akut vom Hungertod bedroht. "Eine Familie mit fünf Kindern in unserer Nachbarschaft ist verhungert", bestätigt Aenne Rappel diese dramatischen Zahlen. Die 82-Jährige Bayerin hilft seit rund 30 Jahren Menschen im Land. Über ihren Verein "Jemenhilfe Deutschland" sammelt sie Spenden, finanziert ein kleines Krankenhaus und eine Kinderhilfe in Taizz.
Quelle: Deutschlandfunk Kultur

11. **Zeitgenosse Böll**
Heinrich Bölls publiziertes Werk umfasst nahezu genau die vier Jahrzehnte, in denen die alte BRD, die Bonner Republik, existiert hat: 1949, im Gründungsjahr, erscheint seine erste größere Erzählung (»Der Zug war pünktlich«), 1985 sein letzter Roman (»Frauen vor Flusslandschaft«), unverkennbar eine Art melancholischer Abgesang. Das Riesenwerk, das Böll hinterlassen hat1 – neben Romanen, Erzählungen, Kurzgeschichten, Hörspielen eine Vielzahl publizistischer Arbeiten und Interviews – ist im Zusammenhang mit der höchst widersprüchlichen Entwicklung der westdeutschen Republik zu sehen. Böll selbst hat sein Schreiben als Ausdruck von Zeitgenossenschaft verstanden und dem damit verbundenen Anspruch zu genügen versucht, seine gesellschaftlichen Erfahrungen literarisch zu verarbeiten und darüber hinaus eine bestimmte Haltung, eine Schreibhaltung, zu entwickeln – etwas, was sonst allenfalls Heinrich Mann, Bert Brecht, Anna Seghers oder Peter Hacks gelungen ist. Wer ihn also liest und dabei die ganze Bandbreite seiner literarischen und publizistischen Produktion zur Kenntnis nimmt, taucht auch in die höchst umkämpften Phasen der BRD-Geschichte ein. Egal, wo man ansetzt, bei einer frühen Erzählung, einer Buchbesprechung, bei einem der bekannten (oder weniger bekannten) Romane, einer Reportage oder einem der aufschlussreichen späten Interviews, man wird schnell auf politische, gesellschaftliche oder kulturelle Problemzonen stoßen und auf die Haltung, die der Autor im jeweiligen Kontext eingenommen hat.

Quelle: junge Welt

12. **Zu guter Letzt: Polizei sucht diese Krawall Barbie**

Quelle: The Nokturnal Times via Facebook